

80 JAHRE BEFREIUNG VOM FASCHISMUS: 8. MAI ZUM AKADEMISCHEN FEIERTAG ERKLÄREN!

Antragsteller*innen:

SDS - Sozialistischer-Demokratischer Studierendenverband



Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament bekennt sich zu folgenden Zielen und fordert die Universitätsleitung, sowie den AStA auf, gemeinsam auf diese hinzuwirken:

- Die Überwindung des technischen „Spezialistentums“ sowie einer „Schülermentalität“¹

Stattdessen soll das Studium durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen sowohl mit dem Lehrstoff als auch mit den Konsequenzen der eigenen Forschung auf Mensch, Umwelt und Gesellschaft der Entwicklung kritischer und mündiger Persönlichkeiten und damit der demokratisierenden Funktion der Hochschulbildung dienen.²

- Studieren soll und darf keine Frage der Klasse sein. Angesichts sinkender Studierendenzahlen dürfen die Hochschulen nicht (wieder) zu Orten der Elitenbildung mit einzelnen Aufstiegsmomenten verkommen. Vielmehr braucht es die soziale Öffnung der Hochschulen. Dazu gehören sowohl die Absenkung der Studienzugangsbeschränkungen als auch die Etablierung eines ausfinanzierten, allgemeinen und rückzahlungsfreien BAföGs für Alle.³
- Gemäß des Schwurs von Buchenwald sagen auch wir: „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ideal“⁴. Daher bekennen wir uns ausdrücklich zu unserer antifaschistischen sowie friedensstiftenden und -erhaltenden Verantwortung in Forschung, Lehre und Studium. Das Verbot rüstungsrelevanter Forschung und Lehre als Konsequenz aus der Verstrickung der Universitäten in die Naziverbrechen unterstützen wir explizit. In dieser Tradition engagieren auch wir uns heute dafür, dass an Hochschulen keine Grundlagen für Kriegsvorbereitung, Kriegslegitimation und Kriegsführung gelegt werden und die Wissenschaft stattdessen zu Frieden und Humanität beiträgt.⁵
- Es bedarf einer umfangreichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Rolle Oldenburgs zu Zeiten des Hitlerfaschismus. Dazu gehört das militärische Erbe, welches in Straßennamen und Denkmälern in Oldenburg und Umgebung deutlich wird.
- Dem Erbe unserer Stadt, Carl von Ossietzkys und unserer demokratischen und antifaschistischen Verantwortung folgend, wollen wir am 8. Mai den alltäglichen Universitätsbetrieb dem mahnenden und kritischen Gedenken der Befreiung von 1945 widmen. Wir wollen an diesem Tag in Seminaren und Vorlesungen, oder auch in Sonderveranstaltungen wie Ausstellungen, Erinnerungscafés und Gedenkformaten mit allen Hochschulangehörigen ins Gespräch über die historische und aktuelle Bedeutung der Befreiung vom Faschismus als - bis heute nicht vollständig verwirklichte - Chance für eine demokratischere, friedlichere, progressivere und solidarischere Gesellschaft sein. Wir wollen den 8. Mai zum akademischen Feiertag machen! Das heißt: Keine Prüfungen und Pflichtveranstaltungen. Es geht dabei jedoch nicht um einen veranstaltungsfreien Tag, sondern um die Integration der Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Erbe in den regulären Vorlesungsbetrieb der einzelnen Fachrichtungen. Es soll eine der Weltlage angemessene, nachhaltige Diskussion über die gesellschaftliche Verantwortung der einzelnen Fachdisziplinen stattfinden. Dadurch muss es ein beständiger Teil der wissenschaftlich-akademischen Bildung werden. Perspektivisch würde das auch eine

Umgestaltung der Lehrpläne mit sich bringen, weshalb die Einbeziehung der Studierendenschaft in den jeweiligen Fachbereichen zur Umsetzung eines solchen akademischen Feiertags zentral ist. Dazu unterstützt das Studierendenparlament Initiativen der Fachschaften, um dem Scheuklappenstudium der meisten aktuellen Prüfungsordnungen durch die Organisation fachbezogener antifaschistischer Lehr-, Kultur- und Erinnerungsveranstaltungen gerade zum 8. Mai etwas entgegensetzen.

Das Präsidium wird gebeten, die Begründung in den Beschlusstext mit aufzunehmen.

Begründung:

„Wir setzen uns von denjenigen Auffassungen ab, für welche nicht der Mensch, sondern die Forschung an der Spitze steht. Wir glauben, daß Hochschulbetrieb nur soweit gerechtfertigt ist, als er Dienst am Menschen bleibt. Dieser Dienst ist nicht auf den Studenten beschränkt, der unterrichtet und gebildet werden soll, sondern er gilt mittelbar oder unmittelbar dem ganzen Volk. Menschliches Leben ist gemeinsames Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“⁶

Am 8. Mai 2025 jährt sich die Befreiung vom Faschismus zum 80. Mal - Ein Grund zum Feiern! Der 8. Mai steht nicht nur für das Ende des Hitlerfaschismus in Deutschland, sondern auch für den Beginn eines antifaschistisch-demokratischen Neuanfangs. Es war der Aufbruch zu einer Welt des Friedens und der Freiheit. Die Prinzipien des antifaschistischen Kampfes wurden u.a. mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945, der Begründung der UNESCO als Weg zu Völkerverständigung und einer friedlicheren Welt über die Bildung im selben Jahr, sowie in der Erklärung der universellen Menschenrechte 1948 zu allgemeinen Prinzipien menschlichen Zusammenlebens erhoben. Angesichts der überwiegend widerstandslosen Mittäterschaft der deutschen Universitäten im Faschismus, sei es durch die Auslieferung von Kommiliton*innen und Kolleg*innen an die Verfolgung⁷ oder aktive Unterstützung von rassistischer Vernichtungspolitik und Kriegsvorbereitung,⁸ wurden die Hochschulen Gegenstand der antifaschistischen Reformbestrebungen seitens der Alliierten und verschiedenen demokratischen Kräfte. Die bald verdrängten Lehren aus dem Faschismus für die Hochschule sind angesichts der heutigen Rechtsentwicklung aufzurufen und ihre Verwirklichung einzufordern.

Quellen:

1 Vgl. George 2010: Studieren in Ruinen. Die Studenten der Universität Bonn in der Nachkriegszeit (1945-1955), S. 251, 253f., zur Einführung eines Studium generale zum Zweck der Überwindung technokratischen Spezialistentums an der Universität Bonn, wie im zunächst von 73% der Hochschulangehörigen befürworteten „Blauen Gutachten“ anvisiert, und dessen auch durch Schülermentalität und karriereorientierten Blick auf Ausbildung und Fachstudium bedingtes baldiges Scheitern.

2 Gutachten zur Hochschulreform („Blaues Gutachten“), hg. 1948 vom Studienausschuß für Hochschulreform, S. 6: „Eine Gefährdung dieser Entwicklung ist nicht nur der offen totalitäre Staat, sondern auch die verdeckte Herrschaft einiger organisatorischer, politischer und technischer Spezialisten (der „Manager“) in einem formal demokratischen Staat.“

3 Gutachten zur Hochschulreform („Blaues Gutachten“), hg. 1948 vom Studienausschuß für Hochschulreform, S. 65. „Mit allen Mitteln muß danach getrachtet werden, daß entsprechend der Veränderung der Struktur der Gesellschaft begabte Kinder aus dem Arbeiterstand in weit stärkerem Maße als bisher den Zugang zur Hochschule finden. Nur dann wird es möglich sein, das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Universität zu überwinden. Voraussetzung ist allerdings, daß die aus dem Arbeiterstand stammenden Studierenden sich nicht einfach aus dem neuen Milieu anpassen und darin untergehen, sich vielmehr stark genug erweisen, das Milieu mitzuformen.“, damit Begründung von umfangreichen sozialen Maßnahmen.

4 <https://www.buchenwald.de/geschichte/themen/dossiers/schwur-von-buchenwald>

5 Braun, Reiner (2015): Editorial. In: Wissenschaft und Frieden Dossier 78, S. 1.

6 Gutachten zur Hochschulreform („Blaues Gutachten“), hg. 1948 vom Studienausschuß für Hochschulreform, S.11.

7 So erkennt der Bonner Senat seit dem 5. November 1998 mindestens 35 zu Unrecht relegierte Studierende, 63 entlassene und damit zur Verfolgung bis Ermordung freigegebene Dozent*innen, 69 unrechtmäßig entzogene akademische Grade, 40 Doktorand*innen, denen widerrechtlich der Titel verweigert wurde, vgl. Art. „Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn“ auf der Website des Universitätsarchivs: <<https://www.uni-bonn.de/de/universitaet/organisation/weitere-einrichtungen/archiv-der-universitaet/universitaetsgeschichte-1/opfer-nationalsozialistischen-unrechts-an-der-universitaet-bonn>> (28.03.2025)

8 Vgl. die Beiträge aus Becker 2008 (Hrsg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“, im ersten Abschnitt des Sammelbands zur Durchsetzung und Unterstützung der faschistischen Politik an den verschiedenen Fakultäten.